Nummer 274 — Halle, Sonnabend, den 22. November 1924 — 59. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.35 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet, die Zeile 0.25 Goldmark. Verlagsbaus: Neue Promenade 1a und Ge. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift „Saalezeitung Hallesaale". Bankrechnung: Landbank Reinhold Stechner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

„Angesichts der bedrohlichen Lage unseres Deutschen Reiches und der besonderen Grenzmarknot unseres Heimatlandes Oberschlesien verpflichten wir uns, in dem bevorstehenden Wahlkampfe gegeneinig jedwede unsachliche Bekämpfung zu unterlassen. Alles uns Trennende muß zurückgestellt werden zu Gunsten der uns gemeinsamen Hochziele. Uns verbinden unsere alten ruhmreichen Farben Schwarz-Weiß-Rot. Unter diesem Zeichen wollen wir vereint kämpfen gegen Marxismus, Internationale, Klassenkampf und deren Schutztruppen, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für ein geeinigtes starkes Preußen und großes Deutsches Reich."

(Wortlaut einer soeben gefaßten Entschließung des Landesverbandes Westoberschlesien der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Nationalsozialistischen Freiheitspartei und der Deutschsozialen Partei.)

*

Bei den Gemeinderatswahlen in Hammelwarden haben die Sozialdemokraten eine starke Niederlage erlitten. Während früher das Verhältnis zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten sechs zu sechs war, sind jetzt neun Bürgerliche und drei Sozialdemokraten gewählt worden.

*

Die Bezirksversammlung des Metallarbeiterverbandes in Bochum hat die Neuwahl der Verwaltung vorgenommen. Die Amsterdamer Richtung siegte mit 400 Stimmen gegen Mostau mit 161 Stimmen. Bei der Wahl am 3. Juni hatten bekanntlich die Kommunisten noch mit einer Mehrheit von drei Stimmen gesiegt.

*

Im Zusammenhang mit der Untersuchung gegen Regierungsrat Bartels vom Fremdenamt ist der Kriminalbetriebsassistent Rothe verhaftet und gegen Kriminaloberinspektor Grünberg das Disziplinarverfahren eingeleitet worden. — Das Revolutionsbeamtentum ist wirklich wundervoll! „Es soll nur ruhig so bleiben", sagen die Sozialisten, „darum wählt am 7. Dezember links." — Andere Leute denken anders von Ehre und Pflicht des Beamtentums und wählen deshalb am 7. Dezember rechts.

*

Ein Ausschuß des Reichswirtschaftsrates untersucht gegenwärtig im rheinisch-westfälischen und oberschlesischen Industriegebiet die Frage, in welchen Betrieben aus sozialen Gründen der Achtstundentag streng durchzuführen ist. Von dem Gutachten des Reichswirtschaftsministeriums wird die endgültige Gestaltung der Arbeitszeitvorlage abhängen, die zusammen mit einer neuen Schlichtungsordnung baldmöglichst dem neuen Reichstag zugehen wird.

*

Der Arbeitsausschuß der Deutschen Reichsbahn A.-G. tagte gestern über Gehalts- und Lohnfragen im Anschluß an die zwischen der Reichsbahndirektion und den Gewerkschaften gepflogenen Verhandlungen über Lohnfragen und Personalordnung. Eine grundsätzliche Einigung ist noch nicht erzielt.

*

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft teilt mit: Nach Rückgabe der Regiebahnen hat auch die Reichsbahndirektion Essen seit dem 20. November ihren Sitz wieder nach Essen-Ruhr verlegt.

*

Der Norddeutsche Lloyd hat die auf Grund des Versailler Vertrages seinerzeit an England abgelieferten Dampfer „Anhalt" und „Dessau" wieder zurückgekauft.

*

Die polnische Regierung hat an die Botschafterkonferenz eine Note gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß Litauen die memelländische Konvention nicht innehält, was für Polen sehr schädlich sei. — Daß es für uns noch viel schädlicher ist, ist den Polen und unseren sonstigen alliierten „Freunden" natürlich völlig gleichgültig.

*

Der englische Außenminister Austen Chamberlain wird auf der am 8. Dezember in Rom stattfindenden Sitzung des Völkerbundes der Hauptvertreter Englands sein. — Ein Beweis, daß England entschlossen ist, dort ein sehr gewichtiges Wort zu reden.

*

Innerhalb der liberalen Partei Italiens haben sich die Meinungsverschiedenheiten derart verschärft, daß man in parlamentarischen Kreisen mit dem Eintritt der faszistenfreundlichen Liberalen aus der Regierung rechnet.

*

Die türkische Regierung hat als Folge eines Mißtrauensvotums in der Kammer demissioniert. In der türkischen Nationalversammlung ist es zu einer Spaltung der regierenden Mehrheitspartei gekommen. Die neue Partei nennt sich „Republikanische Fortschrittspartei", sie stellt als Programm die Unteilbarkeit und Unübertragbarkeit der nationalen Souveränität auf, verlangt die Unantastbarkeit des Gesetzes und Toleranz im weitesten Sinne.

— „Ist unbarkeit und Unübertragbarkeit der Souveränität?" Wissen unsere „Republikaner" und „Fortschrittler" überhaupt noch, was das ist?

Französische Ver-höhnungspolitik.

General v. Nathusius zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Gestern nachmittag 2½ Uhr begann in Lille der Prozeß gegen den deutschen General von Nathusius und endete ¾8 Uhr mit der Verurteilung zu 1 Jahr Gefängnis und Tragung der Kosten.

Anwesend waren unter anderem der Vertreter der deutschen Botschaft in Paris, Rintelen, Frau v. Nathusius und 6 deutsche Pressevertreter.

General v. Nathusius erschien im Saal in Begleitung von zwei Gendarmen. Er zeigt während der ganzen Verhandlungsdauer eine unerschütterliche Haltung und antwortet mit schneidender Stimme. Als erster Zeuge wurde Leon Motte gehört, der sich als ein Opfer v. Nathusius' bezeichnet. Der Zeuge war während des Krieges abwesend und hatte in seiner Wohnung nur die Dienstboten zurückgelassen. Nach seiner Rückkehr habe er den Diebstahl festgestellt. Er sandte dann einen seiner Verwandten nach Koblenz, um v. Nathusius zur Herausgabe der Gegenstände zu nötigen. Zweiter Zeuge ist der Chauffeur Joseph, der nach dem Kriege sich den französischen Offizieren und den amerikanischen Polizeiteamten in Koblenz anschloß, um bei der Durchsuchung des Hauses v. Nathusius zugegen zu sein. Es wurde nichts gefunden. Der Verteidiger des Generals warf daraufhin, daß nach erfolgter Haussuchung ein Protokoll abgefaßt wurde, das v. Nathusius von jedem Verdacht freisprach. Der Zeuge stellt dies in Abrede. Es entspinnt sich zwischen ihm und dem Verteidiger ein kurzer erregter Wortwechsel.

Hauptbelastungszeugin war das Stubenmädchen Riquière, die von dem Eigentümer Motie in dem von General v. Nathusius bewohnten Haus zurückgelassen war. Auf ihr Zeugnis allein — alle übrigen Zeugen versagten — wurde die Entwendung eines Tafelgeschirrs als erwiesen angesehen, alle übrigen Behauptungen wurden fallen gelassen, trotzdem sie von derselben Zeugin gestützt wurden.
Service sei von der deutschen Kommandantur für seine Abteilung requiriert worden. Von den übrigen Gegenständen (Feldmäntel, Kinderkleider, Kinderwagen usw.) wisse er nichts.

Das Urteil wurde mit 4 gegen 3 Stimmen gefällt.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Nicolai aus Metz, erklärte, keiner der vernommenen Zeugen könnte behaupten, daß er bei der Verübung des Diebstahls dabei gewesen sei. Weiter setzte sich Nicolai mit den einzelnen Aussagen der Zeugen auseinander und wies auf die gewaltige Einwirkung hin, die eine Verurteilung des Angeklagten in Deutschland am Vorabend der Wahlen ausüben würde. Es schloß mit der Aufforderung an die Richter, v. Nathusius freizusprechen.

General v. Nathusius hat gegen seine Verurteilung Berufung eingelegt.

Der Verteidiger hat insbesondere bemängelt, die Verhandlung sei so schnell anberaumt worden, **daß die Entlastungszeugen aus Deutschland nicht rechtzeitig herangezogen werden konnten.**

*

Pressestimmen zu dem Urteil.

Paris, 21. Nov. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pariser Presse beschäftigt sich ausführlich mit dem Urteil gegen v. Nathusius. In den meisten Blättern herrschen Haß- und Rachsucht vor. Nur die „Ere Nouvelle" fragt, ob es Sinn habe, daß sechs Jahre nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes von den Alliierten der alte Haß wieder entfacht wird der zwar nicht erloschen, aber doch wenigstens geglättet war

— Ein Druckfehler, liebe „Ere Nouvelle", du bist das einzige Blatt der „Versöhnungspolitik", die andern alle und ganz Frankreich treiben „Verhöhnungspolitik". Aber allerdings, die ganze französische Politik ist ein Druck-Fehler. Durch diesen Fehler und diesen Druck wird auch das geduldigste Volk national. Hoffentlich endlich auch das deutsche am 7. Dezember!

*

Die Berliner Blätter sprechen einmütig ihre Empörung über das Schandurteil des französischen Kriegsgerichtes in Lille aus. Durchweg wird auch die Erwartung ausgesprochen, daß die deutsche Regierung Protest gegen das Urteil erheben und die Freilassung des greisen Generals nachdrücklichst fordern möge.

Die **„Deutsche Tageszeitung"** ist der Auffassung, daß nach diesem neuen französischen Schandurteil **der Schwindel von dem „neuen Geist" in Frankreich nicht länger mehr aufrechterhalten** werden kann.

Die **„Kreuz-Zeitung"** schreibt: Die Verurteilung des Generals zu einem Jahr Gefängnis ist **ein ungeheurer Skandal**, gegen den sich voll Abscheu die öffentliche Meinung der ganzen Welt erheben sollte. Die **„Börsen-Zeitung"** nennt das Urteil einen **Ausfluß des Hasses gegen Deutschland und einen bewußten Schlag ins Gesicht der deutschen Ehre.**

Sogar die ganz linksdemokratische **„Vossische Zeitung"** schreibt: Die Welt wird in diesem Spruch gegen den greisen deutschen General **nicht ein Gerichtsurteil, sondern nur einen Racheakt** und einen Versuch sehen, den schwindenden Glauben an die propagandistischen Greuellügen aufzufrischen.

Das **„Berliner Tageblatt"** urteilt: Der Spruch des französischen Kriegsgerichts in Lille kann nur mit einem Worte bezeichnet werden, das in der französischen Sprache ebenso vorhanden ist, wie in der deutschen, und von allen Kulturnationen verstanden wird — mit dem Worte: **Infamie.** — Der **„Börsen-Courier"** bezeichnet das Urteil als **eine Ungeheuerlichkeit,** die nicht nur in Deutschland die größte Entrüstung erwecken wird.

Nur der **„Vorwärts"** schreibt: „Die französische Regierung würde menschlich und politisch klug handeln, wenn sie diesen Fall durch eine Amnestie rasch erledigen würde.

*

Sonderbar: Wenn hinter aller Wahlmache und Politik das echte Gefühl herausbricht, dann haben wir auf einmal den Block der Nationalgesinnten gegen den Block der Internationalen, gegen die Sozialisten und Kommunisten. Warum muß die demokratische Presse aber im entscheidenden Moment immer gegen das nationale Gefühl des gesamten wirklich deutschen Volkes Politik machen?

Wenn die Demokraten ehrlich sind, machen sie Schluß mit der „Versöhnungspolitik" und schwenken in die nationale Front ein, in die Front der „nationalen Mitte" gegen die der „internationalen Mitte".

Wir werden sehen, ob sie ehrlich sind, die Demokraten.

Zum Attentat auf den englischen Oberbefehlshaber in Aegypten.

Der englische Oberbefehlshaber in Aegypten, Sirdar Sir Lee Stack, ist gestern an den Folgen des Attentats im Hospital gestorben. Die Bestürzung in amtlichen ägyptischen Kreisen ist außerordentlich groß. Man befürchtet für die ägyptisch-englischen Beziehungen das schlimmste.

Die Flucht der an dem Anschlag auf Sir Stack Beteiligten wurde dadurch begünstigt, daß sie europäische Kleidung trugen. Es handelt sich um acht Personen. Sämtliche Londoner Blätter behandeln den Anschlag an leitender Stelle.

Die „Times" schreibt, daß das Verbrechen ein **sofortiges und energisches Eingreifen der Regierung** erfordere. Die „Daily Mail" fordert von der Regierung, daß sie keine Schwäche und Nachgiebigkeit gegenüber Aegypten in der Sudanfrage bezeugen solle.

Der „Daily Telegraph" meint, daß das Verbrechen die geplante größere Beteiligung der Aegypter in der Regierung des Sudans in weite Ferne gerückt habe. Es wäre kein Augenblick für England, Schwäche zu zeigen. „Daily Chronicle" meint, Zaglul Pascha und die Regierung seien sich klar darüber, daß die Sudanfrage durch dieses Verbrechen erledigt sei.

*

Diese englische Politik ist eigentlich das Widerlichste, was es gibt. Aber es ist Politik, wie sie nun einmal sein muß, solange die Menschen nicht Engel, sondern eben Menschen sind:

Im Kriege trugen die Engländer die scheußliche Propagandalüge in die ganze Welt, die Deutschen gewönnen aus den Leichen der Gefallenen Fett — ein Gedanke, der überhaupt nur in einem englischen Gehirn ausgedacht und nur von Engländern ausgesprochen werden kann — und was machen jetzt die Engländer selber?: Sie schlagen Kapital aus dem Blut ihres ägyptischen Oberbefehlshabers, sie nützen es aus, um einen populären, schlagkräftigen Grund zu haben, ihre Raubpläne im Sudan gegen die Forderungen der Gerechtigkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker durchzusetzen. Wieder einmal bewahrheitet sich wörtlich und buchstäblich das berüchtigte Wort des englischen Staatsmannes: „moral means cotton", d. h., wenn mir von Moral reden, meinen wir Baumwolle". Die Baumwolle des Sudans ist es, die England haben will, und ihretwegen geht es über das Blut seines Oberbefehlshabers, über die Leichen der im offenen und geheimen Freiheitskampf Erschossenen und über alle Moral hinweg, bis es sein Ziel, die Baumwolle, unentreißbar in der Hand hat.

Wenn doch unsere Spießbürger von Versöhnungspolitikern, die nie aus ihrem Heimatland herausgekommen sind, nur eine Ahnung davon hätten, wie der Engländer und seine Politik ist und mit was für einer Sorte von Partnern das deutsche Volk diese weltfremde Versöhnungspolitik treiben soll.

Solange die Welt steht, wird es in der Politik heißen: „Auge um Auge, Zahn um Zahn, Blut um Blut" und wer eine andere Politik treibt, wird vernichtet. Das ist das ewige Gesetz im Kampf ums Dasein. Kein Pazifist wird je die Welt- und Naturgesetze ändern. Es heißt: Hart werden oder zugrundegehen.

Ist das eine Partei!

Von Arnold Winkelried.

Mag alles zugrunde gehen, wenn nur die Partei erhalten bleibt, die Partei und — die Aemter!

Nach diesem Grundsatz handelt nun schon seit Jahren jene Sozialdemokratie, die auszog, nicht nur die deutsche Arbeiterschaft, sondern die ganze Welt, die gesamte Menschheit von allen Uebeln und Gebrechen zu erlösen und die nun daisteht als ein vermanschtes, verpfuschtes, korrumpiertes und ohnmächtiges Gebilde, das in bibbernder Angst um die „Errungenschaften der Revolution" von einem Tag auf den andern sein armseliges Leben fristet.

Bis zum Erbrechen übel kann es uns, die wir einst der Sturmfahne des Sozialismus folgten und an ihn glaubten, wie Kinder an St. Nikolaus, werden, wenn wir das Gelichter sehen, das sich heute „Vorkämpfer für Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit" nennt das mit schwülstigen Worten unberwirbt um Aemter, Sinekuren, an billiges Porzellan und ergaunerte Pensionen denkt.

Mit unerbittlicher Folgerichtigkeit vollzieht sich das Schicksal an der Sozialdemokratie: an ihrer Lüge, ihrer Zwiespältigkeit, ihrer Feigheit, ihrer Demagogie und Korruption flecht sie langsam dahin.

An ihrer Spitze steht kein führender Kopf, kein rücksichtslos ehrlicher Charakter, kein überragender, weg- und zielweisender Staatsmann. Sondern brutale Zyniker, verknöcherte Bürokraten, geschäftige Mäcker, gerissene Organisationstechniker, und was sich in diesem Lager heute Führer nennt, sind zumeist satte, selbstzufriedene, selbstgefällige **gutversorgte und ausgepolsterte Klein- und Großbürger,** ohne Feuer und Schwung, ohne eine zündende Idee, ohne vorwärts- und aufwärtsweisende Gedanken, mitleiderregende Gestalten, deren geistige Armut nur noch übertroffen wird von ihrem geistigen Dünkel. Und das „führt" in diesen schweren Zeiten die sozialdemokratischen Arbeiter!

Stefan Großmann, der den sozialdemokratischen Korruptionswesens- und gesinnungsverwandt ist, hat sie erst kürzlich als Leute bezeichnet, deren Stärke im Gefäß liegt und hat sie damit verblüffend richtig charakterisiert. Kein Wunder, daß in einer solchen Partei die wirklich tüchtigen, die feinsinnigsten und kenntnisreichsten Köpfe entweder an die Wand gedrückt oder ganz aus der Partei hinausgeekelt werden.

So kommt es, daß heute in der größten Partei Deutschlands kein Parlamentarier, kein Politiker, kein Schriftsteller, kein Staatsmann von Weltruf, von internationaler Geltung zu finden ist.

Ihren hervorragendsten wirtschaftspolitischen Kopf verlor die Sozialdemokratie schon vor dem Kriege in **Richard Calwer,** der als freischaffender, wissenschaftlicher Arbeiter sich nicht in das Prokrustesbett des Erfurter Programms einzwängen lassen wollte und konnte.

Mit **Paul Lensch** verschwand der einzige führende Kopf in der Außenpolitik und der beste Leitartikler, mit **Winnig** der gebildete, kluge Gewerkschaftsführer und intellektuelle, sieldsreiche Geist, mit **Conrad** der mit umfassendem Wissen ausgestattete Historiker, mit **August Müller,** dem kritischen Beobachter und realpolitisch eingestellten Vertreter des rechten Flügels ein an Charakter und Wissen gleich wertvolles Mitglied nicht gewöhnlichen Formats, ganz zu schweigen von Kloth, Franke und den vielen andern, die nach der Revolution so ungeheuer mit denselben Gefühlen die Partei verließen, wie weiland **Adolf Hoffmann** das Preußische Kultusministerium: „Hier sieht mir kein Aas mehr wieder!"

So stehen wir vor der Tatsache, daß immerhin nennenswerte Teile des deutschen Volkes ihre Interessenvertretung in einer Partei sehen, die infolge ihrer Unfähigkeit, ihrer Verlogenheit und persönlichen Interessenpolitik **niemals die Vorteile der Arbeiterschaft wahrnehmen** kann, deren Innen- und Außenpolitik vielmehr schon immer Verwüst und unbewußt den Boden schuf für das Elend, in dem wir uns heute befinden.

„Neuwahlen!" proklamierte der „Vorwärts" und „Neuwahlen!" echote die gesamte sozialdemokratische Presse draußen im Lande. Demokratie und Zentrum, die Verbündeten der Sozialdemokratie, hätten keine Vorteile zu erwarten, die Roten jedoch erwarten von einer Neuwahl eine erhebliche Einbuße der Kommunisten und Völkischen. „Von diesen beiden Parteien hoffen wir etwa 50 Mandate zu erben." gestand mir gegenüber dieser Tage ein sozialdemokratischer Redakteur. **„Und Geld haben wir!"** fügte er mit einem triumphierenden Lächeln hinzu.

Von solchen Erwägungen läßt sich also eine Millionenpartei bei ihren Entschlüssen leiten. Es ist zum Heulen!

Ja, die Sozis haben wieder Geld. In der Inflationszeit stand's schlimm mit ihnen. Aber in jenen Tagen sang der Vorstand aus tiefster Seele: „Schleswig-Holstein, meerumschlungen", und „Du, mein Böhmerland . . ." und da vollzog sich das große Wunder und es fiel plötzlich Manna vom Himmel.

Wieviel Stimmen hat ein Wähler?

Du sagst: eine. Mitnichten! Wenn du einen Wahlmüden veranlaßt, seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit zu tun und am 7. Dezember Schwarz-Weiß-Rot zu wählen, so ist das genau so, als wenn du selbst zwei Stimmen abgeben würdest. Du kannst auf diese Weise deine Stimme verhundertfachen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241122012/fragment/page=0001

Wahlen einst und jetzt.

(Von unserer Berliner Vertretung.)

Zwischen dem Parlament von einst und jetzt ist ein grundlegender Unterschied, den man nach einem Blick in die Verfassung sofort heraus hat. Unter dem Kaiserreich war der Reichstag ein Faktor der Gesetzgebung, ohne dessen Bewilligung nichts erreicht werden konnte, und eine Kontrollinstanz, die die Tätigkeit der Bureaukratie zu prüfen hatte. Ein Rad griff in das andere. Wohl und Wehe des Staatsbürgers lag in den Händen verschiedener Instanzen; als Mittler stand über allen, aber ohne eigene Gewalt, der Kaiser. Heute ist alle Gewalt nur im Parlament vereinigt, es ist unser Souverän, unser Gesetzgeber, stellt auch unsere oberste Bureaukratie, die also sozusagen ohne Kontrolle ist, und stellt sogar — im Staatsgerichtshof — Kläger und Richter und Partei wider alle Gegner der bestehenden Herrschaft.

Wir sind also mit Haut und Haar an das Parlament verkauft. Wer da noch nicht begreift, daß er wählen muß, der verdient jegliches kommende Ungemach. Am 7. Dezember wählen wir den Herrn über unser aller Geschick.

Einst war die Freiheit der Wahl so sehr die allgemeine Forderung, daß einem Landrat der Prozeß gemacht oder die Wahl annulliert wurde, wenn er auch nur den Aufruf einer Partei mit unterzeichnete. Heute machen Minister und Oberpräsidenten wilde Reklame für die Partei, die sie auf den Amtssessel gebracht hat, denn der Staat ist zu einer Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit zwischen den herrschenden Parteien geworden. Da es unter Umständen um das Brot geht, werden gegnerische Meinungen mit Polizeigewalt unterdrückt; gestern wurde bei den Deutschnationalen in Berlin ein Bilderstuglbatt beschlagnahmt, das doch weiter nichts aufwies, als das Hissen der schwarzweißroten Flagge, — ein Symbol, das in klaren Worten sogar von Minister Stresemann als Wunsch ausgedrückt worden ist.

Wer jetzt nicht den letzten säumigen Wähler für Schwarz-Weiß-Rot an die Urne bringt, der — verdient die Regierung, die nach dem 7. Dezember ihm den November-Knebel anlegen wird. Wir haben keinen Ausgleicher mehr über den Parteien. Wir müssen gegen die Strömung selber ankämpfen — oder sie reißt uns in den Strudel. A. St.

Ein Aufruf des Frauenausschusses des Reichs-Landbundes.

Der Frauenausschuß des Reichs-Landbundes erläßt folgenden Aufruf:

Die deutsche Sache ist in höchster Gefahr. Drum wollen wir deutschen Frauen uns in Eintracht die Hände reichen und einen festen Wall bilden, der der Zersplitterung Einhalt gebietet. Höher als Parteiehrgeiz steht der Dienst an Vaterland und Volkstum. Faßt zusammen, was zusammen gehört. In selbstloser Arbeit wollen wir dafür sorgen, daß die schwarzweißrote Front aus dem Millionenheer der Nichtwähler verstärkt werde. Laßt uns vor allem die Wahlmüden aufrütteln, die der Ekel über die Auswüchse des Parlamentarismus verzagt gemacht hat! Von Haus zu Haus, von Familie zu Familie muß geworben werden.

Unser Ziel heißt: Vaterländische Volksgemeinschaft!

Unsere Losung: Deutschland!

Alle Frauenstimmen am 7. Dezember für Schwarz-Weiß-Rot!

Beamtengehaltserhöhung.

Gemäß der Zusage der Reichsregierung, eine maßvolle Erhöhung der Beamtenbezüge zur weiteren Angleichung an den Friedensgehalt eintreten zu lassen, fanden gestern im Reichsministerium Verhandlungen mit den Beamten-Spitzenorganisationen statt. Von der Reichsregierung wurden folgende Erhöhungen als das äußerste bezeichnet, das unter den heutigen Verhältnissen vertreten werden könnte:

Erhöhung der Grundgehälter in den Besoldungsgruppen I bis VI um 12½ Proz., in den Besoldungsgruppen VII und höher um 10 Proz.

Da der Wohnungsgeldzuschuß nicht erhöht wird, bleiben die Erhöhungen der Gesamtbezüge hinter 12 bzw. 10 Proz. zurück. Die Kinder und Frauenzuschläge werden um zwei Mark monatlich erhöht.

Die Bezüge der Angestellten, Wartestand- und Ruhestandbeamten, der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen werden in dem gleichen Maße erhöht wie bei den aktiven Beamten.

Das Programm der Wiener Regierung.

In der gestrigen Nachmittagssitzung des Nationalrates entwickelte der neue Bundeskanzler Dr. Ramek das Programm der Regierung.

Er sagte, daß sie ihre Politik auf der Grundlage des Genfer Protokolls, des Wiederaufbaus und der von der Regierung Seipel mit dem Völkerbund getroffenen Uebereinkommen aufbauen werde. Diese Politik sei heute die einzig mögliche. Um die Stabilisierung der Währung zu erreichen, sei die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und die größte Sparsamkeit notwendig. Die Beziehungen zum Auslande seien vorzüglich. Die Regierung werde den Ausbau der guten Beziehungen zum Auslande und insbesondere zum Deutschen Reich, auch durch den Abschluß von Handelsverträgen, zu heben trachten.

Die Regierung sei sich des Ernstes der Lage bewußt, und trete mit festem Mut an die Lösung der ihr gestellten Aufgaben.

England und seine Kolonien.

Der Ministerpräsident Baldwin hat sich entschlossen, die Dominions nach ihrem Wunsche fortlaufend über die Einzelheiten der englischen Politik zu unterrichten. In der ersten Konferenz, die in der Wohnung Baldwins im Beisein des Ministers des Aeußern und des Staatssekretärs für die Kolonien stattfand, wurde den Vertretern der Dominions über die Lage im englischen Reiche berichtet.

Wie verlautet, sollen solche Zusammenkünfte regelmäßig gehalten werden, in denen nicht nur die auswärtigen Angelegenheiten, sondern auch die Fragen der inneren Politik erörtert werden sollen. Mit dieser Einrichtung ist eine Art von Bundesrat geschaffen worden.

Gleichzeitig ist beschlossen worden, ein Wirtschaftskomitee für das ganze englische Reich auf der Grundlage der von der Reichswirtschaftskonferenz im vergangenen Jahre angegebenen Richtlinien einzusetzen. Der Beschluß wurde von den Vertretern der Kolonien mit großer Befriedigung aufgenommen.

*

Man kann schon nach den wenigen Tagen seit Amtsantritt der jetzigen englischen Regierung nur mit schmerzlicher Bewunderung sehen, wie zielbewußt jetzt in England an der Festigung des bedenklich locker gewordenen Großbritischen Reichs und an der Wiederherstellung der nicht minder geschwächten englischen Wirtschaft gearbeitet wird. Wenn wir doch auch endlich eine Regierung bekämen, die, statt Illusionen und unerfüllbaren Einzelwünschen Gehör zu schenken, nüchterne Tatsachenpolitik treibt, damit unsere Wirtschaft erst einmal wieder leistungsfähig und unser Staat außenpolitisch voll verhandlungsfähig wird. Dann, aber auch dann erst ist es möglich, auch die Lage der Einzelnen, vor allem der Arbeiter, zu bessern. Aus Nichts wird nichts.

Englands Reparationspolitik.

Eine Persönlichkeit, die über die finanztechnischen Einzelheiten der englischen Reparationspolitik genau informiert ist, erklärte heute, daß sämtliche Berichte der französischen Presse über die Unterredung zwischen Austen Chamberlain und dem französischen Geschäftsträger, in der die deutsch-englischen und französischen Handelsvertragsverhandlungen erörtert wurden, unzutreffend und entstellt seien. Chamberlain habe lediglich darauf hingewiesen, daß innerhalb des englischen Kabinetts eine starke Strömung zugunsten der Beibehaltung der 26prozentigen Reparationsabgabe vorhanden sei.

Mein Gewährsmann betont im Gegensatz zu dieser Auffassung, daß nichts der englischen Politik augenblicklich ferner liege, als Frankreich veranlassen zu wollen, in der Reparationspolitik sich dem englischen Verhalten anzupassen. Die Aufrechterhaltung der 26prozentigen Reparationsabgabe soll in der Reparationspolitik keine Einheitsfront der Alliierten herstellen, sondern sie sei von Gedankengängen diktiert, die man eher als die Einleitung einer „autonomen englischen Reparationspolitik" bezeichnen könne.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich.

Botschafter v. Hoesch ist gestern vormittag von Sendour, dem Leiter der Wirtschaftsabteilung am Quai d'Orsay, und nachmittags von Herriot empfangen worden. v. Hoesch hat beiden Herren auf Grund der Staatssekretär v. Trendelenburg aus Berlin mitgegebenen Instruktionen Aufschlüsse erteilt, die nach ihrer Auffassung die Wiederaufnahme der Besprechungen ermöglichen. Staatssekretär v. Trendelenburg wird sich zu diesem Zweck heute mit Handelsminister Raynaldy in Verbindung setzen.

Die Pariser Presse schenkt der Wiederaufnahme der Wirtschaftsbesprechungen große Beachtung. Alle Blätter legen sich die Frage nach dem Inhalt der neuen Instruktionen, die v. Trendelenburg erhalten hat, vor und äußern vielfach Entmutigung.

„Journal des Débats" glaubt, daß wahrscheinlich Zugeständnisse in der Frage der Ausfuhrtarife nur erzielt werden könnten gegen Konzessionen, die Frankreich in Form einer Neuregelung der Erhebung der 26prozentigen Abgabe oder einer Verringerung des Prozentsatzes dieser Taxe in Aussicht zugestehen.

*

In der letzten Sitzung des französischen Kabinetts wurde die Einsetzung eines nationalen Wirtschaftsrates beschlossen, der sich mit den Wirtschaftsproblemen befassen wird. Ein dahingehender Gesetzentwurf wird demnächst in der Kammer eingebracht werden.

Das wäre also ein Gegenstück zu unserem Reichswirtschaftsrat, der aber leider in den ersten Anfätzen stecken gelassen wurde und daher keine positive Arbeit leisten kann. Wird erst das französische Beispiel nötig sein, damit wir endlich auch in dieser Beziehung Ernst machen und ein leistungsfähiges Wirtschaftsorgan schaffen?

Wie kann Frankreich seine Kriegsschulden zahlen?

In Pariser Finanzkreisen trat gestern abend in sehr bestimmter Form das Gerücht auf, daß sich die französische Regierung mit dem Gedanken beschäftige, jetzt nach Auflösung der dortigen Strafanstalt die Kolonie Cayenne (im Nordosten Südamerikas) gegen Verrechnung auf die französischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten abzutreten".

Daß die Amerikaner sowohl als die Engländer die Absicht haben, von Frankreich ernstlich die baldige Tilgung der Kriegsschulden zu verlangen, ist bekannt. Nur ist völlig unerfindlich, wie das geschehen soll, ohne Frankreich finanziell vollständig zu ruinieren. Da ist der Gedanke gar nicht so fernliegend, Frankreich mit Sachwerten zahlen zu lassen, die weder den Währungskurs noch die Wirtschaft schädigen. Das sind aber eigentlich nur Kolonien (die bekanntlich schon mehrfach wie Waren verkauft wurden). Gerade an den Golf von Mexiko und Mittelamerika vorgelagerten Gebieten haben die Vereinigten Staaten ein erhebliches Interesse einmal aus Gründen der Landesverteidigung und dann als Stützpunkte der insgeheim unverkennbar geplanten allmählichen Eroberung Zentralamerikas und des Nordens von Südamerika.

Sollte das Gerücht sich bewahrheiten, so würden die Vereinigten Staaten auf dem südamerikanischen Kontinent festen Fuß fassen und jedenfalls sehr hoch ein Mitbestimmungsrecht in südamerikanischen Angelegenheiten beanspruchen. Andererseits würde dieser Anfang eine höchst interessante Entwickelung in Lauf setzen, denn England wird diese nahezu einzige Möglichkeit, sich durch Frankreich bezahlt zu machen, dann sicher auch anstreben, zumal die jetzige Verteilung der englischen und französischen Kolonien in Afrika für England noch keineswegs einen Idealzustand darstellt.

Allerdings darf man wirklich weittragende Entschlüsse in dieser Richtung sobald kaum erwarten, denn die Stimmung in Frankreich dürfte für solche Regelung des interalliierten Schuldenproblems schwerlich schon reif sein.

Revolution in Rußland?

Paris, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pariser Morgenblätter bringen in großer Aufmachung eine Meldung, wonach in Rußland eine Revolution gegen die Sowjetregierung ausgebrochen sei. Nach „Ere Nouvelle" haben die Matrosen in Kronstadt gemeutert und Trotzki gefangengenommen. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes sei abzuwarten.

England gegen die lästigen Ausländer.

Der Staatssekretär des Innern, Sir William Joynsonhick, wird in nächster Zeit einen Feldzug gegen die lästigen Ausländer beginnen. Die sozialistische Regierung habe, sagt „Evening News", die schwarze Liste der lästigen Ausländer stark zusammengestrichen. Viele hunderte von Agenten und Revolutionären seien infolgedessen gelandet, die sich die grundsätzlich zugestandene zweimonatige Aufenthaltsbewilligung zunutze machten. Man erwartet, wie der Korrespondent sagt, eine durchgreifende Reinigungsaktion und große Deportationen der ungeladenen Gäste. Gleichzeitig verlautet, daß sich der Staatsminister des Innern mit der Größe des Stabes der russischen Delegation und ihrer Unterabteilungen beschäftigt, die sich alle besonderer Vorrechte erfreuen. Schließlich soll auch die Besatzung der russischen Schiffe näher in Augenschein genommen werden, da es sich hierbei, wie „Evening News" sagt, ausnahmslos um Kommunisten handele.

Neue Wirren in China.

Nach einer Meldung aus Hankow haben unter der Leitung des Generals Wupeifu die Militärführer von zehn Provinzen eine von Peking unabhängige Militärregierung eingesetzt. Wupeifu will nun den Vormarsch auf Peking antreten, um die Generale Feng und Tschangtsolin zu vertreiben.

Reuter berichtet aus New York, daß man in finanziellen Kreisen einen Dawesplan für China erörtert, der mehr von Geschäftsleuten, als von Diplomaten durchgeführt werden soll. Der Plan soll in einer von China einzuberufenden internationalen Versammlung demnächst besprochen werden. Amerikanische Finanzleute haben vorgeschlagen, daß die Vereinigten Staaten auf dieser Konferenz die alten chinesischen Obligationen fundieren. Neue Anleihen sollen nicht gegeben werden.

Nach offiziellen spanischen Meldungen ist der spanische General Serrano durch eine verirrte Kugel getötet worden.

Nach den letzten in London eingetroffenen Meldungen haben die Truppen der Mahabitten Konsuda und Rabak besetzt. Eine neue Offensive gegen den König von Hedjas ist in Kürze zu erwarten.

Die Insel der vorlorenen Schiffe.

Roman von **Crittenden Marriott.**

Ins Deutsche übertragen von **Ottomar Reichard.**

10. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Miß Fairal, ich verstehe, was Sie sagen wollen," sagte Havard. „Natürlich wäre es Ihnen lieber, bei uns zu bleiben. Aber glauben Sie mir, es ist schon besser, wenn Sie für heute meinen Rat befolgen. Die Kletterei zwischen den Wracks ist nicht ungefährlich und nicht ratsam für eine Frau, die ja auch ihrer Kleidung wegen nicht gut vorwärts käme. Außerdem wird sich vielleicht manch trauriges Schauspiel unseren Blicken offenbaren. Später, wenn wir uns über die ganze Lage mehr im klaren sind, wenn wir wissen, was da nordwärts und südwärts vor uns liegt, können Sie mitkommen. Hier auf der „Queen" sind Sie sicher. Sie werden sich doch nicht allzusehr vor ein paar Stunden Einsamkeit fürchten?"

„Aber keineswegs. Gewiß, Ihre Gesellschaft wird abgehen, aber schließlich — Uebrigens welch ein Zeichen könnte ich Ihnen geben, wenn sich hier irgend etwas Unvorhergesehenes ereignet?"

Havard dachte nach, dann stieg er in den Schiffsraum hinab und kehrte mit einem Bündel Stroh wieder zurück, das er aus der Vorratskammer geholt hatte.

„Hier," sagte er, seine Last auf den Fußboden der Küche niederwerfend. „Wenn Sie uns einen Hilferuf senden wollen, dann befeuchten Sie das Stroh und legen es ins Feuer. Dem Kamin wird dann eine schwarze, dicke Rauchwolke entsteigen. Je nachdem, ob Sie die Verschlußklappe öffnen oder schließen, können Sie den Rauch ersticken, oder ansteigen lassen."

Havard und Jacquett kletterten die Strickleiter hinab, die noch an der Außenwand des Dampfers hing, und ließen sich elastisch auf das Deck des ihnen benachbarten kleinen Kutters fallen, dessen Aufbauten verschwunden waren. Rasch überschritten die beiden Männer das Deck und schwangen sich auf das nächste Wrack hinüber. Hier waren die Taue durchschlagen, in denen die Boote gehangen hatten mußten. Der Mast war abgebrochen, aber im übrigen war das Schiff noch ziemlich in Ordnung. „Mir will es scheinen," sagte Havard, „daß hier Passagiere und Mannschaft während eines Sturmes von einem anderen Fahrzeug übernommen worden sind. Ein Uebereifriger hat die Taue des einen Bootes gekappt."

Ein rascher Ueberblick gestattete, festzustellen, daß sich nichts sie Interessieren es mehr an Bord befand. Die Boote waren fort, ebenso Kompaß, Seekarten, Chronometer, die Sextanten usw. Einige Werkzeuge lagen umher; sie waren aber schon derartig verrostet, daß sie ihnen nicht von Nutzen sein konnten. Von der Kommandobrücke des Schiffes herab schwangen sie sich auf einen davonlaufenden Dreimaster, auf dem sich alle Spuren eines heftigen Zusammenstoßes zeigten. Als Havard den Fuß auf Deck setzte, raschelte ein Dutzend riesiger Ratten eine Treppe hinab und verschwand im Vorderteil.

An was mögen diese Bestien wohl hier nagen? fragte sich Havard voller Ekel.

Das sollte ihnen bald klar werden. Neben dem Bramsteven, in denen die Boote gehangen, lagen zwei menschliche Skelette. Der Schädel des einen wies ein großes Loch auf, dem anderen war die Wirbelsäule gebrochen. Der Offizier betrachtete sie kopfschüttelnd, dann begriff er.

„Als die Katastrophe über dieses Schiff hereinbrach, stürmte die Mannschaft zu den Booten. Irgend jemand, wahrscheinlich ein Offizier, hat sie hindern und die Disziplin aufrechterhalten wollen. Den einen schoß er nieder, aber die anderen sind über ihn weg, rampelen ihn zu Boden und habe ihm so das Kreuz gebrochen. Er ist in Erfüllung seiner Pflicht gefallen. Sehen Sie mal zu, Jacquett, ob Sie nicht zwei Säcke auftreiben können. Wir wollen ihnen ein ehrliches Seemannsgrab bereiten."

Dann erkletterten sie das Deck eines Dampfers, dessen Hinterteil vom Wasser überspült wurde. Im Backbord war ein großes Loch. Hier mußte irgendein Körper in die edelsten Organe des Schiffes eingedrungen sein. Dann bestiegen sie eine kleine Jacht, die den Reiselaunen eines Millionärs gedient zu haben schien. So wanderten sie von Schiff zu Schiff, und fast auf jedem entdeckten sie deutliche Spuren des Unheils, das über Fahrzeug und Mannschaft hereingebrochen war.

Aber endlich und letztlich — irgendeinen besonderen Erfolg hatten sie nicht. Boote fanden sie nirgend, ebensowenig wie nautische Instrumente. Nur verrostete Werkzeuge, die mitzunehmen sich nicht verlohnte. Ueberall fast waren die Seekarten heruntergerissen. Manchmal in solcher Eile, daß sie noch die Papierecken unter den Nägeln oder Reißzwecken, mit denen die Karten an den Wänden befestigt worden waren, vorfanden. Was an Seeplänen zurückgeblieben, war entweder durch das Seewasser verdorben, oder aber es waren Karten, die für ihre Zwecke gar nicht in Betracht kamen.

Etwa gegen Mittag riet Havard zur Rückkehr. „Das darf Sie nicht entmutigen, Jacquett," sagte er, zu dem Polizeiinspektor gewandt, der sehr niedergedrückt schien. Unser Mißerfolg ist nicht weiter erstaunlich. Es war vorauszusehen, daß wir keine Boote finden würden, und daß Kompaß, Karten, Sextanten auch nicht überall herumliegen. Wer sein Schiff verläßt, muß ja all dies mitnehmen. Maschinen und Handwerkszeug, die hier zurückbleiben, sind natürlich auch nicht mehr gebrauchsfähig. Auf jeden Fall konnten wir feststellen, daß es genügend Lebensmittel, Süßwasser, Kleider und Kohle gibt. Für den ersten Tag ist das immerhin schon etwas. Also machen wir uns auf den Heimweg."

Aber der sollte nicht allzu leicht vonstatten gehen. Wie Havard bereits vorausgesehen, gestaltete sich die Rückkehr weit schwieriger als die Ausreise. Als sie hinausgingen, hatten sie denjenigen Weg gewählt, der ihnen der einfachste und leichteste schien. Sie hatten die Wahl und vermieden natürlich die Schiffe, deren Ersteigung allzu umständlich und mühevoll war.

Auf dem Rückweg jedoch stand ihnen diese Wahl nicht mehr frei. Es stellten sich ihnen Hindernisse in den Weg, die beinahe unüberwindlich schienen.

Und dann sah, wie Havard bereits betont hatte, die Geschichte von der Rückseite auch gänzlich anders aus. So ungefähr, wie man eine Theaterdekoration wohl kaum wiedererkennen würde, wenn man sie von der Rückseite der Kulissen aus betrachtet. Hierzu gesellte sich noch ein anderer Umstand: Der Wind bewegte die Wracks ständig hin und her und veränderte ihre Lage; wenn auch diese Bewegung nur sehr langsam vor sich ging, so wechselte doch das Bild immerfort. Die auf der Ausreise mit der Axt markierten Wegezeichen fanden sie überhaupt nicht mehr wieder. Zwischen den Wracks hatten sich Hohlräume gebildet, zwar nur drei bis vier Meter im Durchmesser, aber trotzdem nicht zu überbrücken.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241122012/fragment/page=0002